ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald

August 2025

Guten Tag!

Jeden von uns trifft es, aber wenn darüber gesprochen oder in den Zeitungen geschrieben wird, wird versäumt, auf die Ursachen hinzuweisen. Die überwiegende Mehrzahl der Städte und Gemeinden sind unterfinanziert und meist hoch verschuldet. Das trifft auch auf Michelstadt, Erbach und die anderen Gemeinden im Odenwald zu. Was machen die Kommunalvertreter? Sie erhöhen die Steuern. Das ist zwar nicht populär, aber bequem, denn als Entschuldigung werden Sachzwänge vorgebracht.

Wenn jetzt die Grundsteuern kräftig angehoben werden, so trifft es Grundbesitzer, Hausbesitzer und Mieter.

Ist es wirklich so schwer die Zusammenhänge zu verstehen? Wir Steuerzahler halten mit unseren Lohn/Einkommens- und Verbrauchssteuern den Laden Deutschland am Laufen. Aber für unser Gemeinwesen reicht das Geld hinten und vorne nicht. Wenn Milliardensummen aus unserem Steueraufkommen Jahr für Jahr durch Aufrüstung in den Taschen der Aktionäre von Rüstungskonzernen landen, dann gehen Städte und Gemeinden eben leer aus. Was Kommunen arm macht, macht Milliardäre reicher. An diese Art von Aufklärung trauen sich unsere Kommunalpolitiker und Bürgermeister nicht heran. Wie sollen sie diese Verantwortung zur Aufklärung und Protest auch wahrnehmen, wenn sie in Bund und Land mit den gleichen Parteien im Boot sitzen?

In der Gemeindeordnung der Hessischen Verfassung steht unter Artikel 137 Absatz 5, dass „den Kommunen die erforderlichen Geldmittel zur Erfüllung ihrer eigenen und übertragenen Aufgaben zur Verfügung zu stellen sind“.
Kommunalpolitiker und Bürgermeister unserer etablierten Parteien, von Grünen, SPD, FDP, CDU und AfD, die den Konflikt mit den übergeordneten Stellen in Land und Bund scheuen, holen sich die fehlenden Mittel bequemer bei der Bevölkerung. Sie erhöhen die Hundesteuer, die Gewerbe- und Grundsteuern und waschen ihre Hände in Unschuld. Aufklärung würde schlafende Hunde wecken.

R. Weber

Am Anfang stand Zurückhaltung

Schnell war klar, dass die Russlandsanktionen in erster Linie uns selbst Schaden zufügen werden. Billiges Gas aus Russland war nicht mehr erwünscht und so gingen die Energiepreise durch die Decke. Um diese neue Belastung ein wenig abzumildern, gab es vom1. Juni bis 31. August 2022 das 9 Euro-Ticket als befristetes Angebot zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland.
Das Glück für die Millionen Nutzer dauerte indes nicht lange und der Preisanstieg erst auf 49 Euro, dann auf 58 Euro kam wie das Amen in der Kirche. Inzwischen steht die Fortdauer des Deutschland-Ticket auf der Kippe, weil es zwischen Bund und Ländern Differenzen um die weitere Finanzierung geht. Insgesamt geht es um wenigstens 3 Milliarden Euro wovon erst die Hälfte abgesichert ist. Beim letzten Preissprung im Januar 2025 sprangen mehr als 1 Million Nutzer ab, jetzt sind es noch 13,4 Millionen.
Wenn unsere Bundesregierung und die Länder sich um Dinge streiten, die uns Bürgern nützen, heißt es: die Kassen sind leer! Nach der Bundestagswahl wird deutlich gesagt, dass die Aufrüstung Vorzug hat.
Rüstung und Soziales, beides geht nicht.
Statt dem Wohle unserer Bevölkerung zu dienen ist unsere kriegstüchtige Regierung großzügig, was den Krieg in der Ukraine anbelangt. Die militärischen Hilfeleistungen in der Zeit vom 24.1.2022 bis 30.4. 2025 kosteten uns 15,9 Milliarden Euro, hinzu kamen für Geflüchtete Ukrainer noch 36,6 Mrd..

Für die Jahre 2026 bis 2029 wurden weitere Militärhilfe in Höhe von 8,25 Milliarden Euro bewilligt.
Wir werden nicht gefragt, ob wir das wollen? Die Medien liefern das benötigte Stimmungsbild.

I. Blümmel

Hiroshima-Gedenken in Michelstadt

Am 6. August jährt sich zum 80. Mal der Abwurf der ersten Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima durch die USA am Ende des zweiten Weltkriegs.
Drei Tage später wurde über Nagasaki eine Plutoniumbombe gezündet. Beide Atombombenabwürfe stellten eine neue Dimension von Zerstörung dar und führten der Menschheit das mögliche Ende menschlicher Existenz in zukünftigen Kriegen vor Augen.
Das Wissen um diese Vernichtungsgefahr verlangt von allen Staaten eine besondere Verantwortung, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, nur mit diplomatischen Mitteln gegenseitige Bedrohungen und Kriege auszuschließen. Sicherheitsabkommen müssen auf allen Seiten eingehalten und Abrüstungsvereinbarungen angestrebt werden.
Wir lehnen die Kriegstrommeln und die ungezügelte Aufrüstung, die uns einem Krieg näher bringt entschieden ab und rufen auf:
Kommt am 6. August 2025 nach Michelstadt auf den Lindenplatz zur Gedenkveranstaltung um 17 Uhr mit dem Duo Kabbaratz.
Schon wieder ist jetzt!

Wie weit noch zum großen Krieg?

Vergangene Woche behauptete Bundeskanzler Merz in Bezug auf Russland -ohne eine eigene Initiative vorweisen zu können- "Die Mittel

der Diplomatie sind ausgeschöpft". Heißt, es bleibt nur militärisches Handeln. Damit knüpft er an der Strategie des westlichen Bündnisses an, deren Vertreter bisher kein Interesse daran hatten, den Krieg zu vermeiden oder zu beenden, sollte er doch gerade dazu dienen, Russland zu schwächen. Insofern: Im Westen nichts Neues.
Neu ist allerdings die Eskalationsstufe, auf der wir uns in Deutschland mittlerweile befinden. Bundeswehr Generalmajor Christian Freuding spricht sich in Kiew auch für von Deutschland gelieferte Waffensysteme aus, die weit in den russischen Raum reichen. Bundeswehrsoldaten seien bereit, russische Soldaten zu töten. Diese Frage nach deren Bereitschaft hat Boris Pistorius in einem Interview mit der *Financial Times* gerade mit „ja“ beantwortet.
Das ist nicht nur in hohem Maße geschichtsvergessen. Das ist eine Politik, die die deutsche Bevölkerung (wieder einmal) in den Abgrund zu reißen droht. Aber warum? Kein Handeln ohne Kosten-Nutzen-Analyse. Gewinner dieser Politik sind schon jetzt klar die Rüstungskonzerne und ihre Eigentümer, und zwar auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Aber es sollten auch die Großmachtansprüche der deutschen Eliten nicht unterschätzt werden, die auf der dynamischen Welle der globalen Kräfteverschiebungen sich Pfründe erhoffen.
Das auf allen Kanälen mantrahaft gepredigte Narrativ von der russischen Bedrohung verfängt leider noch bei vielen Menschen und macht ohne große Gegenbewegung diesen Tanz auf dem Vulkan möglich.
Unseren Kindern und Enkelkindern zuliebe und an alle gewandt, die den derzeitigen Kurs unserer Regierung ablehnen. Wir brauchen wieder eine starke Friedensbewegung als außerparlamentarische Kraft um dem Wahnsinn Einhalt zu gebieten.
Sicherheit wird es nur geben, wenn sich die Länder Europas einer Sicherheitsarchitektur zuwenden, die auch die Sicherheitsinteressen Russlands berücksichtigt.

G. Janske

Spenden sind herzlich willkommen!
Sparkasse Darmstadt
Stichwort „ODENWALDKURIER“
IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40
V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail reinhold.fertig@mail.de